

Auftragsbekanntmachung

Ja
 Nein

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung: Deutscher Bundestag, Referat ZT 6, Vergaben

Nationale Identifikationsnummer: (falls bekannt)

Postanschrift: Platz der Republik 1

Postleitzahl: 11011

Ort: Berlin

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Vergabereferat

Telefon: +49 30-22731718

E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Fax: +49 30-227-30374

Internet-Adresse(n): (falls zutreffend)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: (URL) www.bundestag.de

Adresse des Beschafferprofils: (URL)

Elektronischer Zugang zu Informationen:
(URL) www.evergabe-online.de

Elektronische Einreichung von Angeboten
und Teilnahmeanträgen: (URL) www.evergabe-online.de

Weitere Auskünfte erteilen

- die oben genannten Kontaktstellen
 Sonstige

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken

- die oben genannten Kontaktstellen
 Sonstige

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an

- die oben genannten Kontaktstellen
 Sonstige

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

- Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen
 Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene
 Regional- oder Kommunalbehörde
 Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene
 Einrichtung des öffentlichen Rechts
 Europäische Institution/Agentur oder internationale Organisation
 Andere

I.3) Haupttätigkeit(en)

- Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Verteidigung
 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
 Umwelt
 Wirtschaft und Finanzen
 Gesundheit

- Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen
- Sozialwesen
- Freizeit, Kultur und Religion
- Bildung
- Andere Tätigkeit

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Ja Nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Erstellung eines dateibasierten Ton- und Videoarchivs [TonVideo] einschließlich Serviceleistungen

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

- Lieferauftrag
- Dienstleistungen

Art des Lieferauftrags

- Kauf
- Leasing
- Miete
- Mietkauf
- Eine Kombination davon

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Referat ZT 6, Vergaben
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postleitzahl (für Suchfunktion auf Vergabeplattform)

.....

NUTS-Code

DE300

NUTS-Code

.....

NUTS-Code

.....

NUTS-Code

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

- Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
- Die Bekanntmachung betrifft den Aufbau eines dynamischen Beschaffungssystems (DBS)

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

- Art der Rahmenvereinbarung: keine Rahmenvereinbarung
 Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer
 Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern

Laufzeit der Rahmenvereinbarung

Laufzeit in Jahren: 10

Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier Jahre übersteigt: Wirtschaftlichkeitsgründe

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:Erstellung eines dateibasierten Ton- und Videoarchivs
[TonVideo] einschließlich Systemservice**II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand 72000000-5

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
 Nein

II.1.8) Lose (für Angaben zu den Losen in Anhang B, verwenden Sie ein Formular pro Los)

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
 Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: (einschließlich aller Lose, Verlängerungen und Optionen, falls zutreffend)

Das Ton- und Videoarchiv des Deutschen Bundestages soll modernisiert werden, indem für die Ton- und Videoaufzeichnungen ein IT-gestütztes, dateibasiertes Archivsystem eingerichtet wird.

Das Archivsystem, das in der Infrastruktur der Bundestagsverwaltung betrieben werden soll, ist Gegenstand der Ausschreibung. Einerseits soll das Archivsystem die digitale zukunftssichere Langzeitspeicherung der Ton- und Videoaufzeichnungen in bestmöglicher Qualität bei wirtschaftlich vertretbarem Aufwand ermöglichen. Zum anderen sollen archivierte Bestände aus dem Archivsystem für das Parlamentsfernsehen, die Rundfunk- und Fernsehanstalten, die Produktionsfirmen etc. kurzfristig bereitgestellt werden können.

Archivbestände, die bereits dateibasiert bzw. digitalisiert vorliegen, sowie die dazugehörigen Bestandsdaten übergibt der Auftragnehmer an das Archivsystem.

Die Implementierung des Archivsystems soll sich am Referenzmodell Open Archival Information System (OAIS) orientieren.

Für die Erhaltungsmetadaten muss das Datenmodell PREMIS 3.0 implementiert werden.

Nach Abnahme und Produktivsetzung des Archivsystems erbringt der Auftragnehmer 4 Jahre lang einen vollumfänglichen Systemservice. Während dieser Zeit entwickelt der Auftragnehmer das Archivsystem weiter und passt es weiteren Anforderungen und sich ändernden Gegebenheiten an.

Soll der geschätzte Auftragswert angegeben werden (ggf. auch bei einer Rahmenvereinbarung)? Ja Nein

II.2.2) Angaben zu Optionen (falls zutreffend)

Optionen Ja Nein

(falls ja) Beschreibung der Optionen: Der Vertrag für den vollumfänglichen Systemservice verlängert sich automatisch dreimal um jeweils 2 Jahre, sofern er nicht 4 Monate vor Vertragsende durch die Auftraggeberin gekündigt wird.

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:

in Monaten:

oder in Tagen:

(ab Auftragsvergabe).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden Ja Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Art der Vertragslaufzeit Dauer in Monaten Dauer in Tagen Beginn/Ende Keine Angabe

Laufzeit in Monaten 120

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: (falls zutreffend)

Keine

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Leistungsbeschreibung, Tariftreueerklärung, Ergänzende Vertragsbedingungen für die Erstellung eines Gesamtsystems - EVB-IT System-AGB - in der Fassung vom 19. September 2012, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: (falls zutreffend)

gesamtschuldnerisch haftend

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen (falls zutreffend)

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen

Ja
 Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, muss die Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht, von jedem Mitglied eingereicht werden.

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:
Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS".
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. Der Jahresumsatz muss jeweils mindestens 2.000.000 Euro betragen. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots.
- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 6.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.
- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen.
- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

HINWEISE:

- Bei Beteiligung mehrerer Unternehmen (Bietergemeinschaft und/oder Beteiligung von Unterauftragnehmern) gelten die Anforderungen an die Eignung auch für die weiteren Unternehmen, wobei es genügt, dass die Mindestanforderungen in der Summe von den beteiligten Unternehmen gemeinsam erreicht werden.
- Bei Beteiligung mehrerer Unternehmen gelten die Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen auch für die weiteren Unternehmen. Die geforderten Angaben sind auch dann zu machen, wenn der betreffende Fall nur bei einem oder mehreren der beteiligten Unternehmen vorliegt.

Möglicherweise geforderte
Mindeststandards: (falls zutreffend)

.....

.....

.....

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angabe von mindestens einer aussagekräftigen Referenz über vergleichbare Leistungen (Planung und Realisierung von Langzeitarchiven für Audio- und Video-Aufzeichnungen) in den letzten fünf Jahren. Die Referenz/en wird/werden anhand der Kontaktdaten überprüft.

Es gelten die folgenden Mindestanforderungen:

- o Die Referenz/en muss/müssen die Planung und Realisierung der folgenden Funktionen und Gewerke beinhalten: Übernahme (Ingest), Qualitätskontrolle, Speichermanagement, Ausspielen (Outgest)
- o Der Auftragswert der Referenz/en muss mindestens 130.000 Euro betragen.
- o Die Referenz/en muss/müssen innerhalb von vier Jahren realisiert worden sein.

Für die Abgabe der Referenzen ist der beigefügte "Referenzvordruck Unternehmen" zu verwenden. Ein bevollmächtigter Mitarbeiter des Referenzbeauftragten muss auf dem jeweiligen Referenzvordruck per Schulnoten Beurteilungen zu verschiedenen Aspekten der Leistungserbringung abgeben. Der Durchschnitt dieser Noten darf nicht schlechter als 3,0 und keine Einzelnote schlechter als 4,0 sein. Bei einer schlechteren Durchschnittsnote als 3,0 bzw. einer Einzelnote von schlechter als 4,0 werden die Anforderungen an die Eignung schon aus diesem Grund als nicht erbracht angesehen. Der Referenzvordruck ist durch den Referenzbeauftragten zu unterschreiben und ggf. mit Firmen-/Amtsstempel zu versehen.

Werden die Referenzen durch die Präqualifizierungsangaben abgegeben, so sind die vergleichbaren Referenzen konkret zu benennen.

Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss.

Werden Referenzen zu Aufträgen vorgelegt, die unter Beteiligung von dritten Unternehmen durchgeführt worden sind (Bietergemeinschaft/Unterauftragnehmer), muss der Anteil des Bieters bzw. der beteiligten Unternehmen des Bieters am Referenzauftrag hoch genug sein, um die Mindestanforderungen zu erfüllen.

Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen.

- Eigenerklärungen über die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter. Für die Leistungserbringung müssen mindestens vier Mitarbeiter bereitgehalten werden.

Mindestens ein Mitarbeiter muss über Fachkenntnisse im PREMIS-Datenmodell verfügen. Zum Nachweis der Fachkenntnisse ist dem Angebot beizufügen: ein Zertifikat über Weiterbildung im Bereich Digitaler Langzeitspeicherung, welches Kenntnisse des PREMIS-Datenmodell ausweist oder ein Referenzprojekt, an dem der/die betroffene/n Mitarbeiter mitgewirkt hat/haben (Referenzvordruck PREMIS-Datenmodell). Das Referenzprojekt kann mit der für das Unternehmen vorgelegten Referenz identisch sein.

Mindestens zwei Mitarbeiter müssen über Fachkenntnisse im Geschäftsbereich OAIS-konforme elektronische Archivierung (ISO 14721:2012) verfügen.

Die Unterschreitung dieser Mindestanforderungen führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen.

- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten. Die Auftraggeberin behält sich vor, von den in die engere Wahl kommenden Bietern Erklärungen des oder der vorgesehenen Unterauftragnehmer(s) anzufordern, in dem er oder sie erklären, im Falle des Zuschlags die hier angegebenen Teilleistungen im Rahmen der Vertragsabwicklung zu erbringen. Dies gilt auch für die ggf. zur Vertragsdurchführung vorgesehenen freien Mitarbeiter.

HINWEISE:

- Bei Beteiligung mehrerer Unternehmen (Bietergemeinschaft und/oder Beteiligung von Unterauftragnehmern) gelten die Anforderungen an die Eignung auch für die weiteren Unternehmen, wobei es genügt, dass die Mindestanforderungen in der Summe von den beteiligten Unternehmen gemeinsam erreicht werden.

- Für jedes beteiligte Unternehmen ist in jedem Fall mindestens eine Referenz vorzulegen.

Möglicherweise geforderte
Mindeststandards: (falls zutreffend)

.....
.....
.....
.....
.....

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen (falls zutreffend)

- Der Auftrag ist geschützten Werkstätten vorbehalten
- Die Auftragsausführung ist auf Programme für geschützte Beschäftigungsverhältnisse beschränkt

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

-ENTFÄLLT-

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden (nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

-ENTFÄLLT-

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialoges (Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

-ENTFÄLLT-

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

- Niedrigster Preis

oder

- das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf
- die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt Ja
 Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: (falls zutreffend) ZT6-1133-2016-032-17-IT4

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags Ja
 Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt der Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung (bei einem wettbewerblichen Dialog)

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder Einsichtnahme 03.08.2016 11:59

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
 Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Ende der Angebotsfrist: 03.08.2016 12:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber (falls bekannt, bei nicht offenen, Verhandlungsverfahren und beim wettbewerblichen Dialog)

-ENTFÄLLT-

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

- Alle Amtssprachen der EU
- Folgende Amtssprache(n) der EU: Deutsch

Sonstige:

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

- Art der Bindefrist
- Dauer in Monaten
 - Ende
 - Keine Angabe

bis: 31.03.2017

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Datum und Uhrzeit:

Ort und Personenkreis: entfällt

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags (falls zutreffend)

- Dies ist ein wiederkehrender Auftrag
- Ja
 - Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

- Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird
- Ja
 - Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben: (falls zutreffend)

- Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis eine Woche vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

- Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei über die Vergabeplattform des Bundes oder bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden. Die Einzelheiten zu der zu vergebenden Leistung ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

- Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot nicht beigelegt werden. Die Beifügung der AGB, auch zum Beispiel auf der Rückseite des Angebotsbelegschreibens, führt zum Ausschluss des Angebots.

- Teststellung:

Die Bieter (maximal drei) mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis werden zu einer Teststellung zur Verifizierung der Grundfunktionen der angebotenen Basissoftware aufgefordert.

Die Auftraggeberin wird die Bieter (maximal drei) ab der 40. Kalenderwoche (4. bis 7. Oktober 2016) zur Lieferung einer Teststellung bzw. des Testsystems schriftlich auffordern. Die Bieter müssen die Teststellung innerhalb von 2 Wochen nach Aufforderung durch die AG zur Verfügung stellen.

Die Teststellung kann in Absprache mit der AG in den Liegenschaften der AG, vor Ort beim Bieter oder auf andere Weise durchgeführt werden. Sofern sie in der Infrastruktur der AG erfolgt, dauert die Teststellung ungefähr vier Wochen. Falls die Teststellung nicht bei der AG durchgeführt wird, kann ihre Dauer abweichen.

Angebote, bei denen diese Funktionen in der Teststellung nicht verifiziert werden, werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Für den Fall, dass sie sich in keiner Teststellung der aufgeforderten Bieter verifizieren lassen, werden weitere Bieter zur Teststellung aufgefordert.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

[Adresse auswählen] - Aufrufmöglichkeit eines Auswahldialoges in der Anwendung

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes
Postanschrift: Villemomblerstr. 76
Postleitzahl: 53123
Ort: Bonn
Land: Deutschland
Telefon: +49 228-94990
Fax: +49 228-9499163
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
Internet-Adresse: (URL) http://www.bundeskartellamt.de

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren (falls zutreffend)

Offizielle Bezeichnung:
.....
Postanschrift:
Postleitzahl:
Ort:
Land:
Telefon:
Fax:
E-Mail:

Internet-Adresse: (URL)

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (bitte Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3 ausfüllen)

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Der Antrag ist unzulässig, soweit

- 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung:

.....

Postanschrift:

Postleitzahl:

Ort:

Land:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Internet-Adresse: (URL)

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

Datum: 17.05.2016

Anhang A - Sonstige Adressen und Kontaktstellen

I) - III) Alle Angaben siehe I.1

IV) Adresse des anderen öffentlichen Auftraggebers, in dessen Namen der öffentliche Auftraggeber beschafft

Entfällt, da nicht im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber beschafft wird (siehe I.4).